

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 928

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 928

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergewaltene Beizeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 60

Freitag, den 11. März 1904

11. Jahrg.

Stimmen aus der Welt

Rußland und Japan.

Ueber einen neuen Angriff Port Arthurs durch die Japaner meldet „Reuters Bureau“ aus Tokio vom 9. März: „Die japanischen Kriegsschiffe beschossen in der vergangenen Nacht die Forts von Tallienwan und griffen sodann Port Arthur an.“ Von anderer, insbesondere russischer Seite, liegt bisher keine Bestätigung der Nachricht vor. Dasselbe ist auch von folgender Tokioer Meldung zu sagen: „Vom 5. bis 7. März bombardierte ein japanisches Geschwader von 15 Schiffen neuerdings Port Arthur. Eine Anzahl Häuser wurde in Brand geschossen. Die Schiffe werfen und der am Hafeneingang festliegende „Retwisan“ wurden völlig zusammengeschoffen.“ Es bleibt demnach also abzuwarten, wie weit beide Meldungen der Wahrheit entsprechen.

Im übrigen gingen dem „Reuters Bureau“ noch folgende Drohungen zu: „Die Russen besetzten am Mittwoch die koreanische Telegraphenstation Pongwon. Zwischen Koreanern und Russen fand, wie nach Seoul berichtet wurde, auf der koreanischen Seite des Tumenflusses ein Gefecht statt.“ In Tokio wird berichtet, bei dem am 24. Februar unternommenen Versuch der Japaner, Port Arthur zu blockieren, seien die russischen Torpedobootszerstörer, als sie in den inneren Hafen zu entkommen versuchten, auf eine Mine gestoßen und gesunken; acht von dreizehn russischen Kriegsschiffen, die im Hafen lagen, seien kampfunfähig gemacht worden. Hwangschimshan, ein Fort von Port Arthur, sei durch die japanischen Granaten zur Hälfte zerstört worden, nur drei Batterien seien jetzt brauchbar. An der Reparatur der russischen Schiffe arbeiteten 400 Russen und 400 Chinesen. Die russischen Streitkräfte in Port Arthur sollen etwa 2000 Mann (??) betragen. — Die Russen luden Mittwoch in Mutschwang zwei Belagerungsgeschütze und zwei Haubitzen aus. Der englische Konsul forderte die englischen Frauen und Kinder auf, Mutschwang noch zu verlassen, bevor der Fluß eisfrei ist.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 9. März 1904.

Die Beendigung der Generaldebatte über den Militäretat.

Der Reichstag führte heute in einer außerordentlich langen und bewegten Sitzung die Generaldebatte über den Militäretat zu Ende. Man muß zugestehen, daß dieser fünfte Tag der Generaldebatte notwendig war, daß aber andererseits nun auch ein gewisser Abschluß erzielt ist. Schon in den ersten Tagen hatten unsere Gegner die Taktik befolgt, an Stelle sachlicher Antwort eine Polemik gegen unsere Partei und ihre Ziele zu setzen. Solange sie sich noch halbwegs der Situation gewachsen fühlten, waren Scherze über den Dresdener Parteitag oder ein sanftes Anzweifeln unserer vaterländischen Gesinnung die Regel. Aber allmählich reichte das nicht aus. Nachdem heute Genosse Bebel noch einmal eine Reihe von Angriffen zurückgewiesen und insbesondere den Kriegsmilitarminister darauf festgelegt hatte, daß er der Regimentskommandeur des Prinzen von Arenberg gewesen ist, nachdem andererseits Bebel die Stellung unserer Partei noch einmal vollständig und reiflos kargelegt hatte, fühlten sich die Herren von der Rechten und vom Regierungstisch veranlaßt, schärfere Töne anzuschlagen. Der „starke Mann“, Herr v. Kröcher (Konf.), erklärte, daß er mit Bebel das Anwachsen der Sozialdemokratie im Heere für unvermeidlich halte und benutzte das, um die bürgerlichen Parteien durch den Hinweis auf die Gefahren, die etwa später daraus entstehen könnten, für ein scharfes Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie zu gewinnen. Herr v. Oldenburg (Konf.) genügt das nicht. Er verlangte die Wahlentziehung und Expatrierung der „Agitatoren“, am liebsten nach einer wüsten afrikanischen Kolonie, wünschte den Führern der Partei ein paar blaue Bohnen in den Leib, und machte andere derartige kleine Scherze. Das sind aber nicht etwa Extravaganzen eines Einpöblers, sondern die gesamte Rechte wieherte vor Vergnügen und jubelte Beifall. Der Kriegsmilitarminister selbst kann ja so offenherzig nicht sein. Immerhin ließ er seinen Keger in einer sehr unschönen Polemik persönlicher Art an dem Genossen Bebel aus. Sachlich konnte er das Vorgehen der Kolonialverwaltung im Falle des Prinzen Arenberg kaum noch verteidigen und mußte zugeben, daß er selbst diesen auf Empfehlung eines hochgestellten Verwandten als Offizier angenommen habe! So hat diese Militärsache mit einem doppelten Siege gendert: Sachlich setzte sich unsere Kritik gegenüber allen Verteidigungsversuchen durch und allgemein politisch haben wir wieder

einmal ein offenes Bekenntnis der Reaktionen, daß sie baldmöglichst das Reichstagswahlrecht beseitigen wollen. Und das Zentrum und die Liberalen aller Parteien schwingen dazu!

Neben zwei nichtsagenden Reden der Abgg. Böcker (Antif.) und Wagner (Südb. Vp) brachte die Sitzung noch eine Diskussion zwischen unserm Genossen Bebel und Süder. Das war keine angenehme Aufgabe für Bebel. Süder hatte in seiner gestrigen Rede ein Zitat aus Bebel's Buch gefälligst, heute fälligte er eins aus dem Dresdener Parteitagprotokoll. Und wenn man ihm das im Reichstag nachweisen wird, dann wird er mit einer neuen — Entdeckung aufwarten. — Zu Beginn der Sitzung hatte in längerer Rede Genosse Braun eine Ergänzung der Uebersicht über die Militärwerkstätten gefordert und unter Hinweis auf den jetzt tagenden Heimarbeiterkongreß schärf getabelt, daß die Regierung die Heimarbeit fördere und dadurch Tausende von Arbeitern dem größten Elend preisgebe. Vom Regierungstische wurde nicht mit einer Silbe auf diese wichtige Frage eingegangen. Herr v. Einem brante nur darauf, sein Gehalt bewilligt zu bekommen. Das erhielt er. — Morgen beginnt die Spezialdebatte.

33. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Einem.
Die zweite Beratung des Militäretats wird beim Titel „Kriegsmilitar“ fortgesetzt.

Dr. Braun (SD.): Die Uebersicht über die Arbeitsverhältnisse der Heeres- und Marineverwaltung leidet an starken Mängeln. Der Jahresverdienst der Arbeiter ist aus ihr nicht zu ersehen, und eine große Kategorie von Arbeitern, die Dekonomie- und Zivilhandwerker fehlt in der Uebersicht überhaupt. Nach der Uebersicht kommen bei der Heeresverwaltung zehntausend Arbeiter vor. In anderen Ländern, wie Frankreich, England und Amerika, die in der Sozialpolitik bekanntlich so weit hinter uns zurückstehen, ist in den staatlichen Werkstätten die 9-bez. stündige Arbeitszeit durchgeführt. Ferner sollten in der Uebersicht Angaben über den Umfang der auf dem Submissionswege vergebenen Aufträge gemacht werden und über die Verhältnisse der Arbeiter, die bei diesen Lieferanten für den Staat beschäftigt sind. Aber statt dieser schlimmsten Ausbeutung zu entziehen, trägt die Heeresverwaltung geradezu zur Verbreitung der Heimarbeit bei, die in jeder Beziehung so verderblich wirkt. Löhne von 8 Mark für weibliche und 15 Mark für männliche Arbeiter sind da die Regel. Dabei ist die Beschäftigung so unregelmäßig, daß die Arbeiter sich nicht einmal die bescheidensten Lebensgenüsse verschaffen können. Die Arbeiter in den bayerischen Militärwerkstätten können sich wenigstens organisieren, was in Spandau befallentlich nicht möglich ist. Auch diese Militärverwaltung fördert die Hausindustrie. Bei der Firma Schwarzenberg u. Co. verdienen die Arbeiterinnen bei 18stündiger Arbeitszeit nach Abzug der Unkosten 6 1/2 Pfg. Soffentlich lehnt die Verwaltung die Verantwortung für diese Zustände nicht ab und verweist uns an irgend ein Bekleidungsamt. Auch die Löhne der Militärsattler hat die Heimarbeit aufs Tiefste herabgedrückt. Pachtaschen, deren Herstellung in den Militärwerkstätten 5 Mk. kosten, werden bei der Submission für 3,35 Mk. vergeben. (Hört! Hört! b. d. Soziald.) Das ist eine Spekulation auf die Notlage der Arbeiter. (Sehr wahr! b. d. Soziald.) Die Regierung macht sich damit selbst schuldig an dem fürchterlichen Elend der Heimindustrie, den niedrigen Löhnen, der langen Arbeitszeit, den ungesunden Wohnungen und dann, daß die Heimarbeiterrinnen gezwungen sind, die Prostitution als Erwerb zu benutzen. (Sehr wahr! b. d. Soziald.) Der Reichstag darf nicht länger zögern, seinen gesetzgebenden Einfluß zur Bekämpfung der Heimarbeit geltend zu machen, sonst macht er sich zum Mitschuldigen an diesen verderblichen Zuständen. (Bravo! b. d. Soziald.)

Kröcher (K.): Ich möchte einige Angriffe auf das Offizierskorps auf das richtige Maß zurückführen. Gewiß gibt es Modenarren. Aber diese vollendeten Fagkes (Große Heiterkeit) haben gezeigt, daß sie es verstehen, mit Aufwand für König und Vaterland zu sterben. (Rebhafter Zustimmung rechts.) Das ist doch für einen Soldaten auch ganz schätzenswert. Saufen und Spielen drückt die militärische Leistungsfähigkeit nicht herab. Das haben die großen Heerführer aus den letzten Kriegen gezeigt, und Friedrich der Große antwortete auf eine Beschwerde einfach: „Sau! Er auch!“ — Hauptächlich will ich aber die neulichen Ausführungen des Abg. Bebel kräftig unterstreichen. Er hat, was übrigens schon vorher allgemein bekannt war, nachgewiesen, daß wir mit einer unvermeidlichen Zunahme der Sozialdemokratie in der Armee rechnen müssen. Daraus erwächst für die bürgerlichen Parteien die Pflicht, den leitenden Stellen klar zu machen, daß wir die Sozialdemokratie nicht mit Entgegenkommen oder schönen Worten gewinnen können. Sie werden mich Scharfmacher nennen; aber ein Messer zu schleifen, ist nur dann ein Unrecht, wenn man Leuten die Kehle abschneiden will, denen man es nicht sollte. (Sehr richtig! b. d. Soziald.) Jedenfalls hoffe ich, daß die Mehrheit wissen wird, aus den festgestellten Tatsachen die Konsequenzen zu ziehen. (Rebhafter, anhaltender Beifall rechts.)

Böcker (A.) befreit gegenüber dem Abg. Eichhoff, daß die Juden niemals Lapsfertigkeit gezeigt haben. In den Freiheitskriegen bot z. B. ein jüdischer Kaufmann aus St. Friedland dem Könige Friedrich Wilhelm III. 10 000 Taler, um die Juden der Stadt vom Kriegsdienst loszukaufen,

mit der Begründung, diese Summe werde ihm doch wertvoller sein als seine Nerven. (Gr. Heiterkeit). — Von einem Ubligentaktus in der Armee kann keine Rede sein.

Bebel (SD.): Den Baugener Fall hat die bürgerliche Presse, wie z. B. das „Leipziger Tageblatt“, zuerst mit allen Einzelheiten veröffentlicht. Der Vorwurf des Oberleutnants Krug v. Nidda meiner Partei gegenüber war demnach unberechtigt. Er sollte mir vielmehr dankbar sein, daß ich ihm Gelegenheit gegeben habe, die Sache hier richtig zu stellen. Aber bei gewissen, der Armee nahe stehenden Kreisen scheint ein besonderes Bedürfnis zu klatschereien über die Zustände in der Armee vorhanden zu sein. Ueber den Fall des Generals v. Biffingen soll sich der Kriegsminister, wie mir erst kürzlich mitgeteilt worden ist, sehr scharf ausgesprochen haben. Zu dem Fall des Prinzen Arenberg wird heute in der Presse verbreitet, daß Herr v. Einem zur Zeit des Eintritts des Prinzen in das westfälische Kürassierregiment Kommandeur desselben gewesen ist. Daß man über die Person des Prinzen keinerlei Nachforschungen angestellt hat, widerspricht doch aller militärischen Gepflogenheit. Die Kameraden des Prinzen waren sich über seinen Zustand sehr bald klar. Schon damals mußte kriegsgerichtlich gegen ihn vorgegangen werden. Dieser Fall hat wieder einmal gezeigt, eine wie verschiedene Behandlung innerhalb der Offizierskreise herrscht. Prinz Arenberg wurde mit größter Zuverlässigkeit behandelt, eben weil er einer der höchsten Adelsfamilien angehörte. Auch in bezug auf die einzelnen Truppenteile bestehen bedeutende Unterschiede zwischen den Offizieren, je nachdem sie beim Train, der Infanterie oder der Garde stehen. Seit der Kaiser Chef des 145. und die Kaiserin Chef des 83. Infanterieregiments ist, ist in beiden die Zahl der bürgerlichen Offiziere bedeutend zurückgegangen. (Hört! Hört! b. d. Soziald.) Seit 1895 ist überhaupt kein bürgerlicher Offizier mehr dort aufgenommen, das kennzeichnet den Geist, der im Staate lebt. (Sehr gut! b. d. Soziald.) Ueberhaupt ist in die Armee ein früher unbekannter Geist der Eifer sucht, der persönlichen Ränke eingeschlagen. — Der jetzt durch die „Preussische Korrespondenz“ bestätigte Fall des Divisionskommandeurs sollte die Militärverwaltung veranlassen, sich künftig den Mitteilungen der Presse gegenüber weniger kühl zu verhalten. Daß Herr Süder unsere Kritik der in der Armee bestehenden Zustände nicht gefällt, ist begreiflich. Er läßt eben nach oben nur Kritik in dem leisesten, mildesten Tone, aber nach unten schlägt er so dorthin wie möglich. Wir dagegen schlagen nach oben möglichst dorthin, gehen aber nach unten schonender vor, weil die Uebel, mit denen wir uns hier zu beschäftigen haben, gewöhnlich von oben kommen. (Sehr richtig! b. d. Soziald.) Unser ganzes Streben geht darauf hinaus, bessere, menschenwürdige Zustände in unserem Vaterland zu schaffen. (Sehr gut! b. d. Soziald.) Ueber die Offiziere als „geborene Führer des Volks“ jagte Fürst Bismarck: „Die Führerschaft war es in den seltensten Fällen, die die großartigen Siege von 1870/71 herbeigeführt hat, vielmehr die Brauchheit, Ausdauer, der unbezwingliche Mut der Klassen.“ (Hört! Hört! b. d. Soziald.) Der Militärprediger Frommel, ein Amtsbruder des Herrn Süder, äußerte wiederholt, unser Heer, obwohl es in vieler Hinsicht eine Schule der Zukunft ist, wird doch für die meisten zu einer Hochschule der Unzucht. (Hört! Hört! b. d. Soziald.); er verwies dabei auf die schamlosen Lieder, die selbst in Gegenwart der Offiziere beim Militär gesungen werden. Herr Süder schlug gestern vor, eine Kommission einzusetzen, um die Mißstände im Heere zu untersuchen, und an ihre Spitze meinen Freund Singer zu stellen. Ich würde ihm empfehlen, seinen Parteigenossen K. Hell dazu zu ernennen, da er sicher die nötige Qualifikation in dieser Beziehung hat. (Gr. Heiterkeit.) Herr Süder bezeichnet die sozialdemokratische Bewegung als „heute geboren, morgen verweht.“ Er aber arbeitet seit Jahrzehnten als moderner Sisyphus, während die von ihm gehäufte Partei riesengroß anwächst und dauernd wird, während er längst verweht sein wird, ohne eine Spur zu hinterlassen. (Sehr gut! b. d. Soziald.) Für das Urteil des „Volk“ über den Dresdener Parteitag berief sich Herr Süder auf einen amerikanischen Sozialisten. Das muß ein merkwürdiger Sozialist sein, der bei Herrn Süder Trost sucht. (Sehr richtig! b. d. Soziald.) Der Mann, der moralisch gezwungen wurde, aus dem Elferausbruch der konservativen Partei auszuweichen, wagt uns Moral zu predigen! Fürst Bismarck hatte vor diesem Manne nicht einen Funken von Achtung. Christus, des „Menschen Sohn“, hatte jüdische Eltern. Die Juden glaubten als erstes geschichtliches Volk an den Eingott. Das Christentum wäre ohne das Judentum gar nicht denkbar. (Hurra rechts: Chamberlain!) Um so verächtlicher ist Ihr Judentum! (Lachen rechts.) Die Ausschließung der Juden von den bürgerlichen Rechten ist ein Unrecht, das eines christlichen Staates unwürdig ist. (Sehr richtig! links. — Aus meinem Buch „Die Frau“ hat Herr Süder zwei ganz verschiedene Sätze von zwei ganz verschiedenen Stellen zusammengebracht. Ich sage in dem Buch ausdrücklich: „die Ehe ist die Normalehe der bürgerlichen Gesellschaft, jede andere Verbindung ist unmoralisch.“ Ich weiß dann weiter nach, daß die Moralbegriffe je nach der Entwicklung der Gesellschaft wechseln. Wie stand denn Luther zur Doppelhe Philipps von Hessen?

Vizepräsident Graf Stolberg (unterbrechend): Das hängt mit dem Gehalt des Kriegsministers nicht zusammen. (Gr. Heiterkeit.)

Bebel (fortfahrend): Andere Parteien haben über mein Buch „Die Frau“ sehr sympathisch geurteilt. Die Angriffe des Herrn Süder beruhen nur die Ohnmacht des Angreifers. Wo Hochheit vorhanden ist, ist die Herrschaft des

Gesellschaft dafür verantwortlich. Die Sozialdemokratie hebt den Stand der sittlichen Bildung. (Lärm rechts). — Herr Kröcher möchte uns wieder einmal das Messer an die Kehle legen. Aber machen Sie, was Sie wollen, Sie werden uns nie und nimmer los! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdem.)

Stöcker (wildton): Herr Bebel hat sich doch geärgert. Er schlichtet vor den Konsequenzen seiner eigenen Gedanken. Sein Buch „Die Frau“ ist das Geschlechtsleben von jeder sittlichen Grundlage und verwandelt die Menschheit in einen zoologischen Garten. (Zustimmung rechts. Auf bei den Soz.: In ein Forbach!) Ich kämpfe mit der Sozialdemokratie auf Leben und Tod, bis einer auf dem Plage bleibt. (Lachen bei den Soz.) Herr Bebel rief im Dresden aus: „Vor den Akademikern müsse man sich zweifeln und dreimal hüten.“ (Abg. Bebel: Fälschung!) Ich verlese es genau: „Seht Euch jeden Genossen an, und wenn es ein Akademiker ist, doppelt und dreifach.“ (Zuruf bei den Soz.: Es war doch eine Fälschung!) Wer sich so vor den Akademikern fürchtet, kann das Volk nicht von der Unwissenheit befreien. Herr Bebel spekuliert auf das Schlechteste im Menschen, auf Neid und Bosheit, damit hat man beim Pöbel immer Erfolg. Das ist der Hyazinthenbaum nach unten, der die Autorität vernichtet und sich selbst auf's Besten stellt. Das ist die verworrene Art der Agitation. (Lebhafte Zustimmung rechts). Die Judenpresse hat unser Volk so verdummt, daß es sozialdemokratisch geworden ist. (Lärmes Lachen links). Was weiß Herr Bebel von der Bibel? (Zuruf bei den Soz.): Was hat nichts mit dem Militär zu tun.

Stöcker (fort): Mit Herrn Bebel über Jesus zu sprechen, würde ich mich schämen. (Zuruf b. d. Soz.: Das heißt Ihnen gar nicht!) Er begreift ja doch nicht das tiefe Wort, daß Christus kein Jude war, sondern des Menschen Sohn. (Lachen b. d. Soz.)

Kriegsminister v. Sinem: Es wird dem preussischen Kriegsminister diesmal wirklich sehr schwer gemacht, sein bisheriges Gehalt bewilligt zu bekommen. (Gr. Heiterkeit.) Darin, daß eine gewisse Klatschsucht durch meine Kreise geht, muß ich Herrn Bebel recht geben, aber keine Presse bringt solche Klatschereien ungemein vor und hält hartnäckiger an ihnen fest, als die sozialdemokratische. (Sehr richtig! rechts.) Die Behauptung des „Vorwärts“, daß die Offiziere durch das neue Soldatengesetz eine Gehaltsaufbesserung auf Umwegen erhalten sollten, habe ich in der „Berliner Korrespondenz“ als ganz unbegründet zurückweisen lassen. Der „Vorwärts“ hat aber davon keine Notiz genommen. Nach ein Wort zum Fall Arenberg. Ich war allerdings Kommandeur des Kürassierregiments, in das Prinz Arenberg eintrat. Dies geschah auf Bitten seines Bruders, des Herzogs v. Arenberg und meines jetzt verstorbenen Adjutanten, beides hervorragend tüchtige Offiziere, die mir sowohl als Mithilfe gegeben hätten, wenn ihnen etwas von den Umständen des Prinzen bekannt gewesen wäre. Ich habe von all diesen Fällen, wie sie jetzt durch die Gerichtsverhandlung bekannt geworden sind, keine Ahnung gehabt. Wenn die Vererbung des Prinzen Arenberg im Kolonialdienst erfolgt ist, trotzdem man die Vererbungen des Prinzen kannte, so sind ihm Fehler begangen worden, die nicht abgelehnt werden sollten. Die Stenogrammänderung, von der Herr Ledebur gestern sprach, rührt nicht von mir, sondern von einem meiner Herren her, der, um den zweifelhafte Sinn meiner Worte ganz klar zu stellen, hinzutrat: die Offiziere seien die Führer des Volkes „in Waffen“. Diese Fälschung erfolgte, bevor jemand gegen meine Rede polemisiert hatte. Herr Stöcker erwiderte ich, daß weder gesetzliche noch im Verwaltungswege erlassene Verfügungen der Annahme freiwilliger Freiwilliger entgegenstehen. Ob aber ein einmal abgewiesener Freiwilliger besondere Lust haben wird, durch Korpsbefehl — was übrigens gar nicht möglich ist — doch eingestellt zu werden, bezweifle ich. — Herr Bebel hat neulich dem Generalleutnant z. D. von Boguslawski vorgeworfen, er habe Verleumdungen und Verleumdungen über den Heidelberger Fall verbreitet. Da Herr v. Boguslawski diesem Hause nicht angehört und jedenfalls auch mit Herrn Bebel nicht persönlich verkehrt (Gr. Heiterkeit rechts), so muß er doch die betreffende Stelle gelesen haben. Herr v. Boguslawski sagt darin aber lediglich, daß die Jahrzehnte lang betriebene allgemeine Vererbungs der Sozialdemokraten gegen das militärische System und die Vorgesetzten des Heeres vor diesen zu erlösen geeignet sei und zu derartigen Ausbreitungen führen müsse. Ich frage Herrn Bebel, ob er nun seine Verleumdungen, Verleumdungen und Verleumdungen zurücknimmt? (Abg. Bebel: Er tut das nicht!) Dann muß ich an das hohe Haus appellieren, ob Herr Bebel tatsächlich dieser gerechte und nach Wahrheit dürstende Mann ist, wie er sich immer hinbrüllt. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Wagner (Subd. 2a): Die Reformänderungen für die Offiziere haben 15 Millionen Mark gekostet, die Kriegswahlkassen aber läßt man hungern. Redner wendet sich im weiteren gegen den Luxus der Offiziere und richtet sich für strengere Bestrafung der Soldatenmissethaten aus. (Bravo! links.)

v. Oldenburg (A.): Als ich im vorigen Jahre nach der Ungültigkeitserklärung meiner Wahl in der Kommission eine kurze Rede hielt, sagte Herr Bebel, er hätte an meiner Stelle nicht den Mund gefunden, noch die Ungültigkeitserklärung noch zu reden. (Hört! Hört! rechts.) Herr Braun aber hat heute noch zumal die Ungültigkeitserklärung meiner Wahl eine lange Rede gehalten. — Am Herrn Dr. Müller-Weinungen bin ich beizogen. Seine Erklärung bei den Frauen sprach er zu Leistungen an, die aber keine Arbeit geben. (Zustimmung rechts.) Möge doch endlich Herr Richter diesen Unfug räumen. (Gr. Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem: Sie dürfen die Tatsache, daß ein Abgeordneter hier spricht, nicht als Unfug bezichtigen. (Zuruf links.)

v. Oldenburg (fort): Die sozialdemokratische Bewegung des Abg. Müller-Weinungen, daß die bayerischen Offiziere gebildet seien als die preussischen, muß ich zurückweisen. (Beifall rechts.) Sie (b. d. Soz.) wissen genau, warum Sie das Unfug behaupten. Sie haben, wenn es dazu kommt, von ihm ein unverantwortliches Gericht, die bayerischen Offiziere, zu erwarten. (Gr. Heiterkeit.) Öffentliches Gerücht kann das Gericht nicht nur die vorliegenden Sachen, sondern vor allem die Führer. (Grande große Lärm.) Die Junker sind das Bollwerk der Nation genannt worden. Jeder hat Graf Caprivi diese reiche Schätze des Landes dem Großkapitalismus angeschlossen. Man möchte denken, daß er immerhin als Parlamentarier für die Landbesitzer das allgemeine Wohl zu erwirken, die Führer der Sozialdemokratie entgegen zu stehen und die sozialdemokratische Bewegung zu bekämpfen. (Zuruf bei den Abg. Bebel.) Nun, Herr Bebel, lassen Sie mich Sie noch, ich möchte Ihnen eine kurze Rede machen, die ich Ihnen an den Sozialdemokraten vorlesen kann. (Grande große Lärm und sehr gut! rechts.) Ich mag jetzt langsam an die Reden Ihres gegen die Verleumdung Götters kommen. (Lärmes Lachen links.)

auswendig her. — Große Heiterkeit.) Wenn es zur Revolution kommen sollte und gehängt werden muß, dann hänge ich natürlich lieber erst Sie auf. (Gr. Heiterkeit u. Unr.) Die bürgerlichen Parteien sollten sich Beseggeber verbieten, die unseren Staat untergraben wollen; es müßte heißen: Haus da aus dem Haus da! (Stürm. Heiterkeit.) Mit dem Kriegsminister gehen wir durch dick und dünn, wir haben Vertrauen zu ihm. In einem Witzblatt las ich neulich: „Mergere mich immer, wenn Militär im Reichstag wird mitgenommen. Andere Nationen glücklich wären, könnten Besten von bekommen.“ (Gr. Heiterkeit.) So ist es in der Tat. In diesem Vorkrieg der Armees werden Sie (zu den Soz.) zerfallen. (Stürmischer, anhaltender Beifall rechts.)

Dr. Rugeberg (3.) verlangt Belehrung der Offiziere und Unteroffiziere über die häufigsten Geisteskrankheiten und Bekämpfung des übermäßigen Alkoholenusses in der Armees.

Prinz zu Schönau-Carolath (A.): Wir haben die beste und ausgezeichnetste Armees der Welt, um die uns jedes Volk beneidet. — Redner befreitet dem Abgeordneten Stöcker gegenüber, daß Goethe Napoleon gegenüber habe.

Stöcker (Abg.): Herr Stöcker sprach von einer engen Verbindung zwischen Judentum und Sozialdemokratie. Dabei haben Juden Kröcher und Raab aus patriotischen Gründen zum Siege verholfen. Durch die Zurücksetzung der Juden wird das Vertrauen im Volk in das Kaiserwort auf die Verfassung erschüttert. (Sehr richtig! b. d. Freis.)

Damit schließt die Besprechung. Bebel will in persönlicher Bemerkung auf die Frage des Kriegsministers, betreffend die Neuerung des Herrn v. Boguslawski, antworten, wird aber von Präsidenten Graf Ballestrem daran verhindert, da diese Antwort gar nicht in den Rahmen einer persönlichen Bemerkung gehöre.

Der Titel „Kriegsminister“ wird bewilligt, die nachliegenden Resolutionen mit Ausnahme der Resolution v. Henl Besserstellung der Unteroffiziere, angenommen.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluß 6 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes. Der Bundesrat hat am Dienstag der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zugestimmt. Fünf lange Jahre hat der Bundesrat gebraucht, um zu dieser Entscheidung über einen Beschluß des Reichstages zu gelangen. Am 1. Febr. 1899 beschloß der Reichstag einmal, entsprechend einem Zentrumsantrage, die vollständige Aufhebung des Jesuitengesetzes, und zum andern die Beseitigung nur der im § 2 enthaltenen Beschränkungen des Aufenthalt einzelner Mitglieder des Jesuitenordens, entsprechend zwei gleichlautend von dem konservativen Abg. Grafen Lumburg und dem freisinnigen Abg. Ritter gestellten Anträgen. Bis im Januar 1902 das Zentrum die Regierung interpellierte, wie denn der Bundesrat sich zu diesen Reichstagsbeschlüssen stellen werde, erklärte im Namen der Regierung Staatssekretär Graf Polakowsky, daß der Bundesrat bei dem Widerstreit der Meinungen erst nach reiflicher und langer Erwägung Beschlüsse fassen werde. Das Ergebnis werde voraussichtlich in der nächsten Session mitgeteilt werden. Ein Jahr darauf, am 3. Februar 1903 überraschte Graf Bülow bei der Erörterung der Reichstags einige Maßnahmen mit der Ankündigung, daß er im Sinne einer Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes, soweit er Einfluß auf die preussischen Stimmen im Bundesrat habe, zu den vorliegenden Initiativanträgen des Reichstages zum Jesuitengesetz Stellung nehmen werde. Bei der Verwirklichung dieser Absicht ließ Graf Bülow jedoch im Bundesrat auf größeren Widerstand, als er erwartet hatte. Der jetzt durch Bundesratsbeschlüsse vom Dienstag aufgehobene § 2 des Jesuitengesetzes vom 1. Juli 1872 lautet wörtlich: „Die Angehörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der ihm verwandten Orden oder ordensähnlichen Kongregationen können, wenn sie Ausländer sind, aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden. Wenn sie Ausländer sind, kann ihnen der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt oder angewiesen werden.“ Der Paragraph gab also der Regierung die Befugnis, den Jesuiten, auch wenn sie Ausländer sind, den Aufenthalt an bestimmten Orten zu verweigern — ein Ausnahmestück, das sonst nur für entlassene Sträflinge besteht. Mit der Aufhebung dieses Paragraphen und den Ultramontanen eines der wirksamsten Agitationsmittel entzogen, das sie seit 30 Jahren weidlich benützt haben. Freilich ist damit noch nicht das ganze Jesuitengesetz aufgehoben. Sein Paragraph 1 bleibt bestehen, wonach die Ordensmitglieder der Jesuiten untergeordnet sind. Solche halbe Arbeit ist natürlich sehr unzureichend. Man kommt den Wünschen der Ultramontanen entgegen, versagt ihnen aber doch so viel, daß sie nach wie vor als die Bedrängten sich hinstellen können. Es wäre vielleicht klüger gewesen, das ganze Jesuitengesetz als heftigen, zumal es weitgehend eine Ungerechtigkeit bedeutet und praktisch völlig wirkungslos ist. „Jesuiten“ gibt es genug in Deutschland. Es scheint aber, daß für eine vollständige Beseitigung des Jesuitengesetzes die kleineren Bundesstaaten vorläufig abseht nicht zu haben sind, und es mag schon manchen Kampf gekostet haben, daß sie bei Aufhebung des § 2 zustimmen. In vorigen Jahre waren sie noch nicht so weit, und wenn sie heute zugestimmt sind, so wird eben Preußen sein ganzes Gewicht ihnen gegenüber in die Waagschale geworfen haben. Preußen Deutschland weiß, warum es das tut! Der Dank vom Zentrum wird nicht ausbleiben. Die Tage aber werden die Steuerzahler zu bezahlen haben.

Die Sozialdemokratie eine Fügung der Vererbung — das ist die neueste Erklärung für Entstehen und Bestehen unserer Partei, und zwar geht diese Erklärung von dem berühmten Pfarrer Köhl, einem einflussreichen Zentrumsvorleser, die Protest gegen die durch Liberale und Konservativen erfolgte Abweisung der Landtagswahlgesetzvorlage entgegnete, referierte. Pfarrer Köhl sagt u. a.: „Es ist eine Fügung der göttlichen Vorsehung, daß die Sozialdemokratie so großen Einfluß auf das Volk hat. Jetzt würden wir einen Kulturkampf erleben, der noch schlimmer wäre, als der frühere war.“ — Danach hat also das Zentrum der göttlichen Vorsehung gegenüber gehandelt.

als es in Parlament, Presse und Versammlungen lange Jahre hindurch die Sozialdemokratie bis aufs Messer bekämpfte. Unsere Genossen in den „schwarzen“ Gebieten werden jedenfalls das Zeugnis des sachverständigen Pfarrers für den göttlichen Ursprung unserer Partei gebührend anzunehmen!

Die Geschäftslage im Reichstage. In maßgebenden Reichstagskreisen ist, so schreibt eine parlamentarische Korrespondenz, die Hoffnung ausgegeben worden, daß der Reichshaushaltsetat rechtzeitig zum 1. April fertig gestellt werden könnte. Deshalb sollen die Osterferien bereits am 23. März beginnen. Bis dahin wird nur der Etat beraten, von dem verschiedene Teile die Budgetkommission noch nicht verlassen haben. Die Budgetkommission wird fast noch eine Woche oder gar anderthalb Wochen zu arbeiten haben, da ihr der Gezeitung bezüglich der sogenannten kleinen Finanzreform auch überwiesen worden ist. Die erste Lesung der Novelle zum Börsegesetz wird bald nach Ostern auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Gouverneur Luitpold und die Hereros. Die „Tägl. Rundschau“ hat behauptet, der Gouverneur Luitpold habe wiederholt in Berlin angefragt, ob er Friedensverhandlungen mit den aufständischen Hereros einzuleiten könne; der Gouverneur sei jedoch durch bestimmte Weisungen aus Berlin an der Ausführung dieser Absicht verhindert worden. Nach offiziöser Darstellung ist der wahre Sachverhalt folgender: Der Gouverneur Luitpold wurde alsbald nach seiner Rückkehr nach Swakopmund, und zwar ohne daß er eine Anfrage nach Berlin gerichtet hätte, mit telegraphischen Weisungen versehen, die davon ausgingen, daß Verhandlungen mit den Hereros völlig ausgeschlossen seien. Darauf antwortete Gouverneur Luitpold, daß er gleichwohl ermächtigt zu sein glaube, sich gegebenen Falles zur Vermeidung unnötigen Blutvergießens auf Scheinverhandlungen einzulassen. Das ist alles, was an zuständiger Stelle in der Angelegenheit bekannt ist. — Der Plan ist famos! „Gegebenen Falles“ wird zur „Vermeidung unnötigen Blutvergießens“ mit den Hereros verhandelt. Die dummen, einfältigen „Herle“ glauben natürlich alles, was ihnen die weißen christlichen Kulturträger vorschweben und stellen die Feindseligkeiten ein. Sind aber erst Verstärkungen da, dann mit Hurra drauf und dran über die schwarzen Teufel! Im Uebrigen kann man nur wiederholen, was man jetzt überall in bürgerlichen Blättern lesen kann: „Die Hereros sind ein verlogenes, feiges, heimtückisches und blutigeres Gefindel. Gesetz und Verträge, Feud und Glauben gelten nichts bei ihnen. Umsonst hat sie Deutschland u. s. w.“

Alles totschießen. Die „Halle'sche Zeitung“, ein gutes konservatives Ordnungsbüchlein, bringt den Brief eines deutschen Hererokämpfers zum Abdruck. Es nennt auch den Namen des Schreibers wie des Adressaten, eines Restaurateurs Lutzmann in Dienitz. Der Brief datiert aus Karibib vom 22. Februar und enthält folgende Stelle: „... Hier werden alle Tage Aufständische gefangen und aufgehängt oder erschossen. Der neueste Befehl ist aber, keine Gefangenen zu bringen, also alles totschießen. Die Hereros mordeten alle, Frauen und Kinder. Wir haben jetzt die meisten Frauen mit Kindern nach Swakopmund gebracht auf ein Arbeitsfeld und wir erwarten das weitere.“ — Schließlich ist das Verfahren, im Kampfe keine Gefangenen zu machen, sondern alles Lebende zu erschließen, immer noch weniger zu verurteilen, als der Plan des Gouverneurs Luitpold, zum Schein Friedensverhandlungen einzuleiten und die Hereros erst dann zu „bestrafen“, wenn sie in die Falle gegangen sind. Die deutsche bürgerliche Presse hat freilich an dem einen so wenig wie an dem andern auszufehen.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte Mittwoch die Wahlen der Abgg. Himburg (A.), Horn (6. Sachsen, Soz.), Sittart (3. Baden, Zentr.), Dr. Bachnick (3. Mecklenburg-Schwerin, Fr. W.) für gültig; ebenso die des Abg. Jessen (Däne). Die Wahl Abg. Dsel (4. Oberfranken, Zentr.) wurde beanstandet und Beweiserhebung über die Protestbehauptungen beschlossen.

Die Budgetkommission des Reichstages legte Mittwoch die Beratung des Marine-Etats fort. Bei mehreren Kapiteln wurde die geforderte Vermehrung des Personals ganz oder teilweise gestrichen. Eine Resolution, die eine Nachweisung über die Arbeiterverhältnisse in der Marineverwaltung verlangt, wurde angenommen, ebenso eine Resolution zu Gunsten einer Gehalts-Erhöhung für verschiedene Klassen von Marine-Beamten.

Verzicht des Zaren auf die Erbfolge in Oldenburg. Die russische Gesandtschaft veröffentlichte eine am 11. August 1903 vom Zaren unterzeichnete Urkunde über die Erbfolge in dem als Großherzogtum Oldenburg bezeichneten Landesteil. Um die Schwierigkeiten in der Thronfolge für den Fall des Erlöschens des Mannesstammes des Herzogs Peter von Oldenburg aus dem Wege zu räumen, tritt der Zar für sich, seine Nachkommen und für das ganze russische Kaiserthum alle seine angestammten Erbrechte an dem Großherzogtum an den gegenwärtigen Repräsentanten der herzoglichen Linie Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, Herzog Friedrich Ferdinand oder an die sonstigen Nachkommen des 1885 verstorbenen Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg ab. Eine gleichzeitig veröffentlichte Erklärung des Herzogs Friedrich Ferdinand vom 5. Oktober 1903 akzeptiert für sich und seine Nachkommen die ihm zehnten Thronfolge. — Die russischen Ansprüche auf Oldenburg stammen her von Peter III., Herzog von Oldenburg, aus dem Hause Holstein-Gottorp, der als Nachfolger Elisabeths I. im Jahre 1762 auf den russischen Thron gelangte. Russland trat das Herzogtum 1773 an Friedrich August an Holstein-Gottorp ab.

Neue politische Nachrichten. Im Reichsjustizamt ist Mittwoch die Kommission zur Vorberatung der neuen Strafprozess-Ordnung wieder zusammengetreten. — In Magdeburg ist dieser Tage Polizeinspektor Krieter, der Verfasser der Broschüre über die „Geheime Organisation der Sozialdemokratie“ gestorben. Seine ganze Tätigkeit schien sich lediglich in der Drangsalierung unserer Parteigenossen zu erschöpfen. — Die Strafkammer in Reife verurteilte den Gutsherrn und Gemeindevorsteher Hoffmann aus Köppernitz zu einem Monat Gefängnis, weil er schuldhaft auf der Kreibitz einen Treiber ansetzte. — Ueber den

Vorfall, der sich Sonntag in Bielefeld (Rußland) ereignete und bei welchem gegen den Polizeimeister und dessen Gehilfen Schüsse abgegeben wurden, meldet der Bielefelder "Wochenspiegel": Während der Beerdigung eines Arbeiters bemerkte die Polizei Unruhe in der den Sarg begleitenden Volksmenge und verhaftete die Anführer derselben. Die Menge antwortete mit mehreren Schüssen und Steinwürfen. Als nun die Polizei einen Arbeiter verfolgte, wurden auch einige Schüsse gegen den Polizeimeister gerichtet. Danach scheint es sich weniger um ein Verbrechen, als vielmehr um die notwendige Abwehr von Polizeibrutalitäten gehandelt zu haben. — In den herrschenden Diensten große Erregung. Einem Araberhauptide war die Erlaubnis erteilt worden, die Stadt mit einem Gefolge von 100 Mann zu besuchen. Statt dessen brachte er 250 mit Flinten Bewaffnete mit. Da das Gefolge in aufrührerischer Weise den Frieden der Stadt bedrohte, ließ der Resident die Bomben-Infanterie und Artillerie aufmarschieren, die zum Vorgehen bereit waren, und schickte darauf dem Häuptling ein Ultimatum mit der Aufforderung, bis 5 Uhr nachmittags sich zu entfernen, worin der Häuptling sich zornig fügte. — Nach Meldungen italienischer Blätter aus Buenos Aires ist in Uruguay eine große Zahl italienischer Söldner von den Revolutionären verwundet und viele Italiener grausam ermordet worden. Die amtliche Bestätigung steht noch aus.

Schweiz.

Preussische Beispiele haben abermals schweizerische Sitten verdorben. Wie der "Fris. Ztg." gedruckt wird, hat die Regierung in Genf den Sozialisten die Benutzung des dem Staate gehörenden Wahlgebäudes für die Märzfeier verweigert. Diese Verweigerung erfolgt zum ersten Male, und zwar, wie der betr. Beschluß sagt, "in Anbetracht des Charakters der angekündigten Vorträge".

Spanien.

Hungerkrawalle. Die Lebensmittelteuerung, welche in letzter Zeit infolge der bedeutenden Lebensmittelausfuhr stattgefunden hat, droht Spanien mit einer Hungersnot. Aus vielen Provinzen laufen Nachrichten über die Notlage der Bevölkerung ein. Ueberall herrscht schreckliches Elend. In Valladolid fanden Montag deswogen ernste Unruhen statt. Tausende Proletarier collecten sich zusammen und durchzogen mit schwarzen Fahnen, Brot und Arbeit verlangend, die Straßen. Das Haus des Alcalde (Bürgermeister) wurde mit Steinen beworfen, ebenso ein Mönchskloster. Die Polizei und Gendarmenriehe schob auf die Menge. Viele Personen wurden verwundet. Offiziell wird die Zahl der Verwundeten auf vier, darunter zwei Polizisten, angegeben, doch ist diese Ziffer entschieden zu niedrig gegriffen. Eine Wiederholung der Tumulte wird befürchtet. In anderen Ortschaften herrscht ähnliche Gärung. Auf einer Volksversammlung in Barcelona wurde die spanische Fahne von Katalanisten mit Füßen getreten und angepöbeln.

Vereinigte Staaten.

Die Rassenfeindschaft zwischen Weißen und Negern hat Dienstag zu überaus bedenklichen Ausschreitungen in Springfield im Staate Ohio geführt. Dort wurde am Montag ein Neger von Weißen gelincht, der unter der Auflage stand, eine weiße Frau erschossen zu haben. Dienstag drangen nun ungefähr zweltausend Weiße mit Revolvern und Fackeln in das Negerviertel und steckten den östlichen Teil dieses Viertels in Brand. Sie bröckten, auch im westlichen Teil Feuer anzulegen. Um einem Rassenkampfe vorzubeugen, sind sofort acht Kompanien Militär nach Springfield entsandt worden. Ob bei den Ausschreitungen schon Menschen ums Leben gekommen sind, ist noch nicht festgestellt. — Ein späteres Telegramm aus Springfield meldet dann noch, daß bei dem von Weißen im Negerviertel angelegten Feuer zwanzig Mietkassernen zerstört wurden. Weiteren Ausschreitungen des Pöbels wurde durch die Truppen Einhalt geboten.

Fiat justitia!

II.

Der wesentlichste Punkt des inkriminierten Artikels ist zweifellos die Schilderung der Vorgänge, die sich zwischen dem Arbeiter Schaefer resp. seiner angeblichen Ehefrau und Weigel abgespielt haben. Da war zunächst behauptet worden, W. habe die von ihnen verriegelte Wohnung des Sch. aufbrechen und durch 4 Mann ein ihm gehörendes Bett herausziehen lassen. Dieser Vorgang wurde von Zeugen bestätigt und auch von W. zugegeben. Bei diesem Vorfalle soll nun nach unserer Behauptung W. den Arbeiter, der in der Stube stand, mit seiner Schußwaffe bedroht haben, indem er ihm zurief, so wie er Miere mache, näher zu kommen, würde er ihn ohne weiteres über den Haufen schießen. In den mündlich erstatteten Urteilsgründen ist dieser Vorfalle unserer Wissens nicht erwähnt worden, trotzdem gerade er in Verbindung mit anderen in der Verhandlung angeführten Punkten nach unserer Meinung geeignet ist, die Handlungsweise des Gutsbesizers zu charakterisieren. — Vorweg sei bemerkt, daß diesem ganzen Vorfalle lediglich ein Wortwechsel vorausgegangen war, bei dem wohl scharfe Redewendungen, nicht aber den W. bedrohende Äußerungen gefallen sind. Wenigstens hat W. das nicht behauptet. Letzterer forderte also, wie festgestellt wurde, Schaefer, bevor er dessen Tür aufbrechen ließ, auf, das Bett herauszugeben. Dieser aber erwiderte darauf, W. möge warten, bis der Gendarm komme. Kein einziger Zeuge hat das Gegenteil behauptet. Nachdem W. die Tür hatte aufbrechen lassen, fand er den Sch. auf einer Mistforke, die dieser nach seiner Angabe zur Arbeit benutzen wollte, gestützt, ruhig stehend in der Wohnstube. Sch. nahm keine bedrohliche Haltung ein. Beweis: Zeugnis des Statthalters Kämpf, des Kaisers Borgmann (weiter von W. geladener Zeuge), des Kuhfütterers Kröger, eines im Dienste des Kapitals ergrauten Mannes von 71 Jahren, der Frauen Holt und Dobbertin, und des Fräulein Dose. Trotzdem aber sagte W. ohne Weiteres nach dem Zeugnis vorgenannter Personen zu Sch.: "Wenn Sie eine Miere verziehen oder sich rühren, dann schieße ich Sie über den Haufen!" Sch. ant-

wortete darauf: "Schießen Sie nur, ich bin ein alter Soldat!" W. hat also ohne jegliche Veranlassung den Sch. mit Erschießen bedroht. Die von ihm aufgestellte Behauptung, Sch. habe ihm vorher Erschießen oder Ermorden angedroht, ist nicht erwiesen worden; eine derartige oder ähnliche Äußerung — über deren Sinn und Bedeutung im Termin überhaupt nichts positives festgestellt werden konnte — ist nach der Verbildung des Richters Borgmann erst nach dem Vorfalle ab-

gelesen worden. Dieser Bedrohung des Arbeiters Sch. durch W. ist unserer Wissens in den Urteilsgründen nicht gedacht worden. Wir glauben demnach, Berechtigung zu der Annahme zu haben, daß das Gericht diesen Vorgängen bei der Urteilsfällung nicht die ihnen sicherlich gebührende Beachtung geschenkt hat. Denn auch in bezug auf diesen Punkt ist nicht das wesentlichste, sondern Alles bewiesen worden. Doch hat das Gericht es anscheinend für notwendig erachtet, sich des näheren mit der Person des Schaefer zu beschäftigen. Das war aber unserer Meinung nach vollständig überflüssig, da es sich hier nicht um die Person des Schaefer, sondern um die Taten des Gutsbesizers Weigel handelte. Das Gericht hat anscheinend besonderes Gewicht gelegt auf die Tatsache, daß Sch. ein Zuchtsträfler sei. Demgegenüber aber weisen wir darauf hin, daß W. bei den ganzen Vorgängen von dieser Tatsache gar nichts wußte. Diefelbe ist vielmehr erst dann an's Tageslicht gekommen, als Schaefer mehrere Tage nach diesen Vorfällen auf Veranlassung des Weigel verhaftet worden war. Und selbst wenn ihm das vorher bekannt gewesen wäre, dann hätte er kein Recht, Sch. ohne Veranlassung mit Erschießen zu bedrohen. Der Anwalt Weigel hat dann noch einen Vorfalle mit in die Verhandlung hineingezerit, der gar nichts mit der Sache zu tun hatte. Er hat den Nachweis zu liefern versucht, daß Sch. einen gewissen Schneider Specht, den man später nicht hat ermitteln können, zum Totschlag des Weigel'schen Ehepaares hat veranlassen wollen. Dieser Nachweis ist ihm nach unserer Meinung jedoch nicht gelungen. Derselbe stützte sich nur auf das, was der Ehefrau des Privatjägers, sowie den beiden Diensthoten von Specht selbst erzählt worden ist. Aber auch von dieser Erzählung ist ein wesentliches Moment durch die Aussage des Zeugen Händlers Schröder erschüttert worden. Specht hatte nämlich den Frauen gesagt, Sch. habe für 2 Mark Schnaps gekauft, die sie dann gemeinschaftlich austrinken hätten. Dieser Schnaps war aber in der Nähe des Dorfes nirgends anders erhältlich als beim Händler Schröder. Und dieser hat unter Eid ausgesagt, daß Sch. bei ihm die erste Zeit keinen Schnaps und später einigemal für 10 Pf. gekauft habe. Die diesbezügliche Behauptung des Specht erscheint also mindestens sehr unglaubwürdig. Nach unserer Meinung war der Zweck des Hineingerens dieses ganz nebensächlichen Punktes in die Verhandlung nur der, den klaren Sachverhalt zu verbunkeln. — Im Uebrigen ist auch die Behauptung W.'s, Sch. sei eine dem Trunke ergebene Person, durch nichts begründet worden. Vielmehr haben sämtliche hierfür in Betracht kommende Zeugen ausgesagt, sie hätten Sch. nie in betrunkenem Zustande gesehen.

Nunmehr kommen wir zu dem Hauptteil des ganzen Artikels, der Bauzug einer Mistgabel als Transportmittel für eine zu Boden getretene und mit Füßen getretene Frau. Hier hat das Gericht den Wahrheitsbeweis im wesentlichen für erbracht erachtet, jedoch mit der Einschränkung, daß vieles nicht in dem Artikel enthalten sei, was sich tatsächlich ereignet hätte. Leider sind wir durch die Urteilsgründe nicht in ausreichender Weise belehrt worden, was unsererseits im Artikel verschwiegen worden wäre. Wir vermuten, daß es sich hierbei um das in den Urteilsgründen angeführte freche und unerhörte Benehmen der Frau handelt. Was ist denn hierüber nun festgestellt worden? Obgleich die Frau Weigel hat ausgesagt, Frau Sch. habe ihren Mann mit der Faust geschlagen. Dagegen haben der Arbeiter Koch, sowie der Maurer H. Dunder bekundet, die Frau habe nicht geschlagen. Hier standen also 2 Aussagen gegen die der Frau Weigel und dennoch ist das Gericht anscheinend der Aussage der Letzteren gefolgt. Hieraus kann also das freche und unerhörte Benehmen der Frau unserer Meinung nach nicht gefolgt werden. Und was ist sonst in die Erscheinung getreten? Die Frau soll W. durch eine gemeine Redensart beleidigt haben. Das hat ein Zeuge bestätigt. Ist das aber ausreichend, um auf ein freches und unerhörtes Benehmen der Frau schließen zu können, nachdem wenige Tage vorher bei einem Wortwechsel beiderseits heftige Worte gefallen waren? Und durfte dann der Gutsbesizer die Frau mit einem Spazierstock schlagen, sie zu Boden werfen, sie dreimal mit dem Fuß in den Unterleib treten und dann auf einer Mistforke am Morgen zum Mistfahren benutzten Mistgabel vom Hofe schleifen lassen? Wir sagen: Nein! Das Gericht hat zwar den Standpunkt vertreten, daß der Transport auf einer Mistgabel nicht so schlimm sei. Wir glauben aber, daß diese Auffassung wohl nur von sehr Wenigen geteilt werden wird. Es stand ein Wagen in der Nähe, warum ist der nicht benutzt worden? Will nach Meinung des Gerichts W. nicht habe zugemutet werden können, der Frau noch einen Wagen zur Verfügung zu stellen. Der Frau hat nun nach der Beweisaufnahme weiter nichts nachgewiesen werden können, als daß sie eine gemeine Redensart ausgesprochen hat. Das aber berechtigt, wie schon dargestellt, nach unserer Meinung unter keinen Umständen zur Verweigerung eines Wagens als Transportmittel. Daß die Frau nur geschrien habe, um das Dorf gegen W. aufzuheizen, ist unserer Erachtens nicht festgestellt worden. Selbst der Gendarm Klieger hat ausgesagt, daß sich die Frau nach seiner Meinung nicht verstellt habe.

Den Schlusseffekt des ganzen Schaupiels bildete dann die von uns behauptete Bedrohung der nach verschiedenen Aussagen ruhig dastehenden Leute, als diese der jammernden Frau zu Hilfe eilen wollten. Hier war wohl am charakteristischsten die Aussage des Maschinenführers Schröder, der auf ausdrückliches Befragen, warum die Leute nicht zu der Frau gegangen seien, erklärte, W. habe jeden, der seinen Hof betrete, mit Erschießen bedroht, und tötenschießen lassen

wollte sich doch keiner. Also auch hier ist der Wahrheitsbeweis nach unserer Auffassung voll erbracht worden.

Vergleichen wir also den inkriminierten Artikel mit den Zeugenaussagen, dann kommen wir zu dem Gesamt-Ergebnisse, daß der Wahrheitsbeweis in allen Punkten nach jeder Richtung hin erbracht worden ist. Es könnte sich jetzt nur noch um den Ausdruck "Gemeingefährlich" und um den vom Gericht festgestellten "niedrigen" Ton, sowie um die verweigerte Anwendung des § 193 handeln. Hierüber wollen wir in einem Schlussartikel unsere Auffassung näher darlegen.

J. St.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 10. März.

Wir leben in einer Ära der Heimlichkeiten. Nachdem bekanntlich kürzlich die Bürgerchaft in nichtöffentlicher Sitzung einen Senatsantrag verhandelt hat, sind am gestrigen Tage im Bürgerausschuß zwei Senatsanträge zur Beratung gestellt und schließlich der Budgetkommission zur Vorprüfung überwiesen worden, welche gleichfalls in nicht öffentlicher Sitzung der Bürgerchaft erledigt werden sollen. Wir haben schon verschiedentlich darauf hingewiesen, daß eine derartige Heimlichkeit zu allen möglichen Kombinationen Veranlassung gibt und sicherlich nicht mit dazu beiträgt, das Ansehen des Staates zu heben. Deshalb sollte man mit dem System der nichtöffentlichen Sitzungen brechen.

Wir haben ja! Der Bürgerausschuß stimmte einem Senatsantrage auf Aushebung eines Staatspreises im Werte von 1000 Mark für die am 3. Juli beabsichtigten Segelweinfahrten des Lübecker Yachtclubs in der Lübecker Bucht zu. — Auf der einen Seite verwendet man Staatsmittel zu sportlichen Zwecken, während man andererseits die Steuerfahne auf den Äußersten anspannen muß, um aus dem Dalles herauszukommen. Eine derartige Finanzpolitik ist zweifellos geeignet, der Sozialdemokratie immer neue Anhänger zuzuführen. Und das ist gut so! Ist doch nicht eher an eine Aenderung dieser Finanzpolitik zu denken, als bis die Sozialdemokratie im Stadtparlament einen entscheidenden Einfluß ausübt.

Die Tagesordnung der am Montag zusammentretenden Bürgerchaft ist wie folgt festgestellt worden: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Gesetz, betreffend die Verleihung des Bürgerrechts an die römisch-katholische Gemeinde im Lübeckischen Staate und betreffend den Austritt aus dieser Gemeinde. 2. Besteuerung des Einkommens der Gesellschaften mit beschränkter Haftung. 3. Anstellung weiterer pensionsberechtigter Hilfsarbeiter am Steuerbureau. 4. Uebernahme des mit der Försterstelle zu Ullrichshof verbundenen Dienstlandes auf den Staat. 5. Ankauf einer Landfläche an der Parkstraße von H. Lubbe. 6. Erbauung eines Hauptzweiges in der Vorstadt St. Jürgen. 7. Neubau einer Hauptfeuerwache. 8. Etat der Verwaltungskosten des Hauptzollamtes für 1904. 9. Gasversorgung von Schwartzau und Travemünde. 10. Generalbudget der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten für 1904. III. 1. Gesuch des Schulvorstandes der Gemeinde Niederbüllau um Veränderung des § 36 Abs. 2 und des § 57 des Unterrichtsgesetzes vom 20. Oktober 1885. 2. Fortsetzung der vom B.-M. Mühsam angeregten Besprechung einiger Bestimmungen der Vertheilung.

Stadelsdorf. Seitens der Zimmerer der hiesigen Zahlstelle ist über den Platz und sämtliche Bauten des Bauunternehmers Möller die Sperre verhängt worden.

Lüdersdorf. Das Kartteiwerk von Odenburg u. Co., welches vor einigen Wochen seinen Betrieb einstellen, soll, wie verlautet, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Am Montag wurde der Betrieb wieder für einen Tag aufgenommen. Sieben Herren, die jedenfalls in die Aktiengesellschaft einzutreten gedenken, nahmen den Betrieb in Augenchein.

Malsene. Seitens der Zimmerer ist über das Baugeschäft des Zimmermeisters Johannes Steffen, hierselbst, die Sperre verhängt worden.

Schönberg. Vollständig erstarrt aufgefunden wurde am Sonntag ein bei dem Schulan in Rodenberg bediensteter Kuhfütterer. Er soll in der Trunke unterwegs liegen geblieben sein, ihm waren beide Beine, die in einem Wassergraben steckten, erfroren.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Revision des Genossen Riedlinger, der als Redakteur des Harburger Parteiorgans wegen Beleidigung einer Dienstherrschaft zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt worden war, wurde vom Reichsgericht verworfen. — Die Maurer in Grabow i. M. sind mit den Unternehmern in Lohndifferenzen geraten. Der Zug von Müllern und Zimmerern nach Grabow und vor allen Dingen nach Miendorf, Poststation Jabel, Molkerei-Neubau ist deshalb ferngehalten. — Die Tischler in Bremen beschließen mit Rücksicht auf die Konjunktur ihre Bewegung zu vertagen. In einer stark besuchten Versammlung nahmen sie gegen drei Stimmen folgende Resolution an: "Die heutige Versammlung lehnt das Angebot der Arbeitgeber entschieden ab und sieht die Zugeständnisse als eine Verhöhnung der Gesellen an. Die Versammlung beauftragt die Lohnkommission, die Konjunktur genau zu beobachten und zu geeigneter Zeit den Kollegen weitere Vorschläge zu machen." Zugun von Tischlern ist auch ferngehin von Bremen ferngehalten.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Auf der Rückfahrt von seiner Braut nach Hamburg stürzte ein Kohlenhändler, der sich auf die Reeling des Harburger Passagierdampfers gesetzt hatte, ins Wasser und ertrank. — Beim Malen des Schornsteins stürzte ein Matrose des Dampfers "Schönfels" auf Deck und erlitt so schwere Verletzung, daß er nach kurzer Zeit verstarb. — In der Rüste von Fife (Schottland) trieb dieser Tage eine vom Oktober 1898 datierte Flaschenpost an, aus welcher ersichtlich ist, daß der von Leich nach Hamburg bestimmte Dampfer "Charles Steel" von einem unbekannten Segler angerannt und zum Sinken gebracht worden ist. Der gen. Dampfer ist 1898 für verschollen erklärt worden, seine Besatzung bestand aus 20 Mann, die also jedenfalls ertrunken ist. — Der 66jährige Arbeiter F. Kahlke-Gr. Quassow, der beim Erbpächter Brandt in Gr. Trebbow in Arbeit stand, kam nach einer Meldung aus Neu-Trebbow durch Umkippen des Wagens derart zu Fall, daß er schwere Verletzungen davontrug. — Ein landliches Fuhrwerk warf in Barrentin an einer Straßenbiegung um, wobei die auf dem Wagen sitzende Erbpächterwitwe Boldt aus Gallin lebensgefährliche Verletzungen des Rückgrats erlitt. — Die Windmühle in Bröttlin bei Grabow ist mit sämtlichen Borräten niedergebrannt. — Eine Feuersbrunst äscherte Sonntag Nacht in Uderlingen bei Bremerörde zwei

Bohnhäuser, 3 Scheunen und einige Schuppen und Badhäuser ein. Die Ortsprühe, die in der Scheune, in der das Feuer ausbrach, stand, verbrannte mit. Man vermutet Brandstiftung.

Hamburg. Großes Aufsehen erregt die Verhaftung eines hiesigen Arztes. Vor einigen Tagen lief ein Telegramm aus Freiburg i. B. hier ein, demzufolge gegen eine Schauspielerin aus Hamburg die Anzeige wegen Verbrechen gegen die §§ 218-19 (Abtreibung resp. Beihilfe dazu) des Strafgesetzbuches erhoben worden sei. Die Beschuldigte sollte nach Hamburg abgereist sein. Die sofort eingelegte Untersuchung ergab, daß die Künstlerin in Freiburg ein Verhältnis unterhalten hatte, das nicht ohne Folgen geblieben war. Vor ihrer Abreise aus Freiburg hatte die Schauspielerin sich mit einer hier in der Eimsbüttelstraße wohnenden Frau in Verbindung gesetzt. Diese Frau holte das junge Mädchen am Bahnhof ab und geleitete es in ihre Wohnung. Die Polizeibehörde nahm nun eine Durchsuchung der Wohnung vor. Dabei fand man sowohl belastendes Material, daß die Frau sowohl als auch das Mädchen verhaftet wurden. Auf Grund der Aussagen beider Frauen wurde ein auf St. Pauli wohnender prakt. Arzt in Haft genommen.

Göttingen. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde gestern vor dem Schwurgericht gegen das Dienstmädchen Marie Garder aus Süß wegen Meineides verhandelt. Das Urteil lautete auf 1 Jahr drei Monate Zuchthaus. Bremerhaven. Wieder eine Ausweisung.

Am 1. März erhielt der hier als Arbeiter auf dem Norddeutschen Lloyd beschäftigte Gustav Renger, ein geborener Böhme, die vom Senator Stadländer unterzeichnete Ausweisungsurkunde. Ein Grund ist für diese höchst auffällige und durch nichts begründete Maßnahme nicht angegeben worden. Renger war organisierter Gewerkschaftler und Parteigenosse. Ob diese Tatsache der Behörde schon ein ausreichender Grund schien?

Rege Nachrichten.

Görlitz. Wegen einfacher Bankrotts und Untreue in sechs Fällen wurde Mittwoch von der Strafkammer der frühere Vorsteher der hiesigen Reichsbankstelle Franz Benque, der im vorigen Jahre infolge von Börsenspekulationen in Konkurs geraten war, und einen Selbstmord verübt hatte, zu ein Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt. Benque hatte Wertpapiere und Geld im Betrag von 52.000 Mark, die ihm von fünf Damen anvertraut waren, bei einer hiesigen Bankfirma auf sein eigenes Konto buchen lassen.

Berlin. Familiendrama. Im Vororte Pankow erhob der Kaufmann Brambach seine Frau, seinen zehn-jährigen Sohn und sich wegen zerrütteter Vermögensverhältnisse, nachdem ein nachts gemachter Versuch, sich mit Leuchtgas zu vergiften, misslungen war.

Sadapest. Dynamitkatastrophe. Aus Groß-Becskorel wird gemeldet: Ein italienischer Betonarbeiter sprengte mit Dynamit den Pfeiler einer im Umbau be-

findlichen Eisenbahnbrücke, wobei drei Personen, der Ingenieur Zinebach aus Berlin, ein Techniker und ein Arbeiter, getötet sowie 4 andere Personen tödlich verletzt wurden.

Konstantinopel. Fünf Cholerafälle, von denen drei tödlich verliefen, wurden in Bagdad festgestellt.

Briefkasten.

Einer für mehrere. Falls nichts anderes vereinbart worden ist, hat der Hauswirt Flur und Treppen zu beleuchten. (Entsch. des Reichsgerichts in Strafsachen. Bd. 14, S. 363). Auch die Reinigung der Treppen liegt ihm ob, sofern sie nicht im Mietvertrag ausdrücklich ausgeschlossen war.

Quittung.

Für die Porzellanarbeiten gingen ein:
Metallarbeiter-Verband 50,- Mk.
Der Rest von den Mietern von Koch's
Wert für Krimmischgau nach
Schlußrechnung 27,65
Verband der Schneider 20,-
Bereits quittiert 18,-
Summa 115,65 Mk.
Friedr. Meyer u. Co.

Die glückliche Geburt einer Tochter zeigen an
H. Meier und Frau,
geb. Langfeldt.

Große abgeschl. 2 Stuben-Wohnungen
mit Klosett und Bodenheizung vor 185 Mk an.
Abgeschlossene 3 Stuben-Wohnungen der
Reueit mit allem Zubehör von 230 Mk an.
Näheres Gießenstr. 1, Parterre links.

Ein möbliertes Zimmer
an ein oder zwei junge Leute zu vermieten
Schützenstraße 51a, part.

**Zum 1. April eine kleine freundl.
helle Wohnung**
enth. 3 Zimmer, Küche, Wasserloset und Zubehör,
an einzelne Leute oder kleine Familie zu vermieten.
Preis Mk 200. Näheres Fröhnergrube 45.

Flotte Damen-Maschen-Anzüge
billig zu vermieten
Ruhlschänke 5, ll., vorne.

Ein fast neuer Kinderwagen
zu verkaufen
Friedenstraße 12.

Ein Kinderwagen zu verkaufen
Friedenstraße 33, ll.

Zu verkaufen 4 neue Rohrstäbe und ein
guterhaltener Kinderwagen
Krankestraße 18.

Preiswert zu verkaufen: 1 Singer Näh-
maschine, Nähbühse, Sofa, Küchensch. Koch- u.
Poliermaschine u. 1 gr. eich. Koffer. Zu sehen
abends nach 6 Uhr u. Sonntags Morgen 12.

Ein Sohn und 7 Töchter, schwarze
Wäsche, Leipziger Lager, zu verkaufen
Chapinstraße 4, part. Sargtor.

Geunden ein Cranting.
F. Regel, bei St. Johannis 22, Hinterhaus.

Anfertigung jeder Haararbeit
bleichen von 2,50 Mk an.
C. Müller, Friseur, Brückstraße 33.

Bringe allen Freunden und Gönnern meinen
Rasier-, Friseur- und Haarschneide-Salon
in freundliche Erinnerung.
Heinr. Knaack, Friseur, Gabelstraße 30.

Empfehlungs-Karten
Die Druckerel des Lab. Volksboten.

Achtung!

Die guten
**Pommerischen Halb-, Drei-
viertel- und Krappstiefel**
aus Kern-Hindleder, reine
Eichenlohe-Gerbung,

hohe Handarbeit, sind in
großer Auswahl vorräthig,
wie ein Paar fl. Kinderstiefel u. Stiefel
sind für die Hälfte des rechten Preises.
So auch ein Paar
Herren-Jagdstiefel 3,50 Mk.
Schwartzschuh 3,75
Jagdstiefel 3,75
Hochschuh 3,75
Hochschuh, Leder 3,75
Hochschuh, Leder 3,75
mit abnehmendem Preis, je
nach Art fl. Schanzstiefel, in

**finden Sie doch sehr
grosse Auswahl**
38. Karlesgrube 38.

Gr. Jellin u. Wagner Speck 60 Pf.
Speck 60 Pf.
Schmalz 50 Pf., Butter 60 Pf., gr.
Schmalz 60 Pf., gr. Schmalz 40 Pf.,
gr. Schmalz 50 Pf., gr. Schmalz 50 Pf.,
Schmalz 1 gr. Schmalz 60 Pf., Butter
u. Speck 60 Pf., Schmalz 60 Pf., Speck
Speck 60 Pf., Speck u. Schmalz 1 10 Pf.
Schmalz 10 Pf.

Sehr 1241 **H. Lantz, Bäcker.**

Trotz der hohen Konjunktur noch die bekannt niedrigen.

bleiben meine Preise für Baumwollwaren

Nur durch rechtzeitige größere Abschlüsse ist es mir möglich, die nachstehenden
Notierungen zu machen.

- Hemdentuche,** per Meter 18, 20, 25, 30, 36-48 Pfg.
- Bettbezugstoffe,** echtfarbig, 70 Ctm., Meter 30 Pfg.
- Bettbezugstoffe,** 130 Ctm. breit, Meter 50-78 Pfg.
- Weisse Satins für Bezüge,** 130 Ctm. breit, Meter 68 Pfg.
- Doppelt breite roh Wessel für Betttücher,** Meter 48 Pf.
- Baumwoll. Kleiderstoffe,** hübsche Muster, Meter 38-75 Pf.
- Baumwoll. Kleiderstoffe,** Garantieware, in größter, neuester
Musterauswahl, Meter 88 Pfg.
- Prima Glandruck,** selten schöne Muster, Meter 40 u. 48 Pfg.
- Doppelt breite Schürzendrucks,** dickfädig, Meter 58 Pfg.
- Schwere Gingham für Schürzen,** Meter 48 Pfg.
- Geblichte Parchends u. Piques,** Meter 38-98 Pfg.
und noch vieles andere.

Sohlmarkt 10. Otto Albers Markt 4.

Photographisches Atelier
Kartengrube 22 * **Gebr. Frank** * Kartengrube 22
neuerbautes Atelier im Garten
empfiehlt sich zur **Anfertigung aller photographischen Arbeiten.**
Feinste Ausführung bei billigsten Preisen.

Die altbekannte Mettwurst
ist in bester Qualität wieder vorräthig.
Butterhandlung Th. Storm
Fernsprecher Nr. 473. **Königsstraße 98.**

Gelegenheitskäufe!

- Kinderkleidchen aus la. Velour,** Größe 1-3, Stück 50 Pfg.
- Kinderkleidchen,** da. Größe 3-5, Stück 75 Pfg.
- Bessere Velour-Damen-Blusen,** modern gearbeitet, zum Aus-
suchen, Wert bis 4 00 Mk, Stück 1.20 Mk.
- Schwere baumwollene Schlafdecken** . . . Stück 98 Pfg.

Wer rechtzeitig kommt, hat die beste Wahl.
Sohlmarkt 10. Otto Albers Markt 4.

- Schweinefleisch** Pfd. 50 Pf.
- Leberwurst** - 50 -
- Süß- u. Grauschwanz** - 50 -
- Gehackte** - 60 -
- Gutes Schmalz** - 70 -
- Salzfleisch** 30 u. 40 -
- Flecken** - 60 -
- Handflücker** - 60 -

W. Strohsfeldt,
Gleditschstraße 73
Ruhlschänke Nr. 14 und 15.

Adolf Schmidt
Schlachterei und Wurstfabrik
Moislinger Allee 6b.
Empfehle:
**Sämtliches frisches Fleisch,
Wurst- und Rauchfleischwaren**
zum Tagespreis.
Sowie
Cäsen- und Kalbsfett à Pfd. 60 Pfg.
ausgeschmolzenes Talg à Pfd. 40 Pfg.
bei Abnahme von 2 Pfd. à Pfd. 35 Pfg.
Serran 1100.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** 10. Kohlm.
Markt 4
sind vorteilhaft bekannt durch gute Ver-
arbeitung und sehr billige Preise. U. A. :
Leberhosen . . . 1,80-6,45
Maurerhosen . . . 2,60-6,75
Schlosserhosen . . . 1,88-5,25
Leberziehhosen . . . 0,88-2,25
Zwirn-Hosen . . . 1,38-3,25
leinene Jacken, schräge und gerade, 1,23
Räcken, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken,
Maler-Wämhel erstklassig billig
Mützen von 80 Pfg bis 1.88 Mk.

Achtung Bauarbeiter!
**Mitglieder-
Versammlung**
am Freitag den 11. d. Mts.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Kartellbericht.
2. Sommerfest
3. Innere Verbandangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen ist dringend notwendig.
Der Vorstand.

Achtung!
Pastidiarbeiter!
**Mitglieder-
Versammlung**
am Freitag den 11. März
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Die sozial politischen Gesetze.
Referent: Th. Bartels.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Circus Variété.
Nur noch 5 Tage
das herrl. März-Programm.
Dienstags den 16. d. M.
Letzte Vorstellung in dieser Saison
Anfang 8 Uhr.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Stage.
Diese Woche ausgestellt:
Interessante Wanderung im
Riesengebirge.
Jeden Tag von 10-10 Uhr geöffnet

Stadlmeier
7 1/2 Uhr Freitag den 11. März. 7 1/2 Uhr.
167. Vorstellung. 24. Freitag-Abend.
Bettelstudent.
Operette in 3 Akten von Willöder.
7 1/2 Uhr. Sonnabend den 12. März. 7 1/2 Uhr.
Mandanika. - Stradella.

Der 1. deutsche Heimarbeiterkongress.

Der von der Generalkommission der Gewerkschaften auf Grund der Stuttgarter Beschlüsse einberufene Heimarbeiterkongress wurde Montag Vormittag unter großer Beteiligung im Berliner Gewerkschaftshause eröffnet. Neben den Vertretern zahlreicher an der Heimarbeiterbewegung interessierter Gewerkschaften waren auch Vertreter bürgerlicher Organisationen anwesend, u. a. Delegierte des Vereins für Sozialpolitik, Prof. Sombart-Breslau und Dr. Alfred Weber-Berlin, als Delegierte des Bundes deutscher Frauenvereine Fräulein Alice Salomon und Elise Conrad. Das Reichsamt des Innern sowie die christlichen Gewerkschaften hatten, wie schon berichtet, die Beteiligung abgelehnt.

Im Namen der Generalkommission begrüßte Legien die Versammlung. Dann wurde das Bureau gebildet, in das u. a. Prof. Franke („Soziale Praxis“) eintrat. Das erste Referat erstattete Genosse Käming-Berlin über die soziale Lage und die Notwendigkeit des gesetzlichen Schutzes der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen. Er begann mit statistischen Darstellungen über die Verbreitung der Heimarbeit, die im ganzen von 1882 bis 95 zugenommen und nur in der Textilindustrie abgenommen habe. Als Gründe für die Heimarbeit kommen die Ersparnis für den Unternehmer, die einfachere Technik, ihre Bedeutung als Nebenverdienst und die Ersparnis infolge Befreiung von Arbeiterschutzgesetzen in Betracht. Nachdem er in mehrstündiger Rede die bereits vielfach behandelten Missstände vorgeführt hatte, ging er zu den Forderungen über, wie sie die erwünschte und notwendige Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie verlangt. Er forderte in einer längeren Resolution: Vorschriften über die Arbeitsstätten in der Hausindustrie, Verbot der Heimarbeit in Räumen, wo ansteckende Krankheiten herrschen, strenge Desinfektion, Unterwerfung unter Gewerbeinspektionen, Markenführung, Bezeichnung der Waren als „Heimarbeit“, Ausdehnung der Arbeiterversicherung auf die Hausindustrie, Unterstellung unter Gewerbegerichte, Minimallohne für Bezirke und Branchen, Lohnbücher, Verbot der Mitgabe von Arbeit ins Haus, Strafen bei Ueberschreitung.

Die Nachmittags-Sitzung begann mit einem Referat des Prof. Dr. med. Th. Sommerfeld-Berlin über die gesundheitlichen Gefahren der Hausindustrie für das konsumierende Publikum und die hausindustriellen Arbeiter. Nachdem er längere Zeit bei der Gefahr der Ueberschreitung ansteckender Krankheiten durch hausindustrielle Produkte verweilt hatte, trat er in eine eingehende Erörterung der schädlichen Einwirkungen spezieller Hausindustrien auf die Gesundheit der Heimarbeiter ein. Da die eigentliche Hausindustrie ohne weiteres abzuschaffen nicht möglich sei, so forderte er wenigstens ihre möglichst gesundheitliche Gestaltung. Dazu sei notwendig die Registrierung der Hausindustrie, ihre Beaufsichtigung durch die Gewerbeinspektion und eine neu zu schaffende Wohnungsinspektion.

Als erster Diskussionsredner berichtete der Vertreter des Tabakarbeiterverbandes E. Deichmann-Bremen über die sozialen und gesundheitlichen Missstände in der fast ausschließlich hausindustriell organisierten Tabakindustrie und forderte im Anschluß daran die gänzliche Abschaffung der Heimarbeit, wenigstens für die Tabakindustrie. Ihm schloß sich der Vertreter der Berliner Tabakarbeiter Kiesel in allen Punkten an.

Gegen 6 Uhr wurde die Sitzung auf Dienstag vertagt.

Soziales und Parteilieben.

Beerdigungsfreiheit. Der Stadtmagistrat Fürtz beschloß, die unentgeltliche Beerdigung einzuführen, aber nicht obligatorisch, sondern sie soll nur denjenigen Familien zugute kommen, deren Ernährer unter 650 Mark im Jahre

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

75. Fortsetzung.

„Entschuldigen Sie, Herr Baron,“ sagte Ruz mit leiser, wie angstgepreßter Stimme, „ich fühlte mich plötzlich nicht wohl.“

„Wollen Sie ein Glas Wasser?“ rief Hans gutmütig.

„Ich danke Ihnen, es ist schon vorüber,“ sagte Ruz; „ich habe nur einen Auftrag vom Herrn Notar Püster auszurichten, der Sie bitten läßt, sobald Sie können, einmal zu ihm zu kommen, da er Ihnen eine Mitteilung zu machen habe.“

„Ist sie wichtig?“

Ruz zuckte mit den Achseln. „Der Herr Notar wünschte, sie Ihnen persönlich zu machen; ich glaube, sie ist wichtig.“

„Was will der Mensch von Dir?“ sagte in diesem Augenblicke der Baron Solberg Vater, der dem Sohne gefolgt war und jetzt sehr erkannt, aber auch sehr mißtrauisch das tränenerfüllte Gesicht des kleinen Ruz bemerkte.

Wie er das erste Wort sprach, hatte Ruz sein großes kluges Auge fest auf ihn geheftet und hielt es da, so lange er sich noch in dem Hause befand, als ob ein Rauber seinen Blick dahin zog.

„Nichts, Vater,“ sagte Hans, es ist der Schreiber des Advokaten; der Notar will mich sprechen, und ich denke, ich werde noch vor Tisch auf einen Sprung zu ihm hinübergehen.“

„Konnte er da nicht selber zu Dir kommen?“

„Derartige Sachen machen sich am besten in einem Kontor ab, und man ist dort wenigstens sicher, nicht gestört zu werden.“

verbienen, wodurch aber die Einrichtung sich als nichts anderes als eine erweiterte Armenunterstützung erweist. Wer davon betroffen wird, wird es als eine gewisse Härte empfinden, was bei obligatorischer Einführung wegfallen würde.

Wegen Beleidigung des Amtsvorstehers Schröder in Laurahütte aus Anlaß des Vermundetransports bei den Laurahütter Wahlkrawallen wurde Genosse Paul Hennig von der „Tribüne“ in Erfurt zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate beantragt.

Gemeindevahlen. In einer Anzahl von Berliner Vororten haben Montag Gemeindevorwahlen stattgefunden. In Ublershof wurde Genosse Wölfling mit 484 Stimmen gewählt. Die Gegner hatten auf die Aufstellung eines Kandidaten verzichtet. Das errungene Mandat war bisher in freiständigem Besitz. Von nun an gehören alle vier Sitze der dritten Abteilung der Sozialdemokratie. In Steglitz sind unsere beiden Kandidaten in eine Stichwahl mit den Kandidaten der Mietervereine gekommen.

Von einem furchtbaren Unglück ist Montagabend in später Stunde der Leiter des Feuilletons der „Sächs. Arb.-Ztg.“, Genosse Dr. Fr. Diederich, betroffen worden. Sein einziges Kind, ein dreijähriges Mädchen, ist, während die Eltern abwesend waren, aus dem Fenster des dritten Stockes gestürzt. Das arme Kind war aus dem Bette aufgestanden und hatte das Fenster geöffnet; der Sturz auf das Pflaster des Hofes hat es sofort getödtet. Der Schmerz der Eltern ist unbeschreiblich.

Anhebung des Koalitionsrechts! Das Kammergericht hat dieser Tage eine Entscheidung gegen den § 152 der Gew.-O. gefällt, die alles bisher dagewesene auf den Kopf stellt. Es wird darin der Grundsatz proklamiert, daß es mit Gefängnis zu bestrafen ist, wenn Arbeiter sich verpflichten, bei tarifuntreuen Firmen nicht zu arbeiten! Ueber die Verhandlung wird geschrieben: Es handelte sich um ein Strafverfahren wegen Ueberschreitung des § 153 der Gew.-O., in welcher das Landgericht Prenzlau folgenden Tatbestand als erwiesen angenommen hatte: Als Klagen darüber laut geworden waren, daß die Bauunternehmer Noack und Kremzow aus der Umgegend von Döberberg den mit dem Maurerverband abgeschlossenen Tarif nicht hielten, begaben sich drei Maurer aus Döberberg im Auftrage des Verbandes zunächst nach Lunow auf einen Bau der genannten Arbeitgeber. Hier wurden die tarifmäßigen Lohnsätze gezahlt. Da man aber mit Bestimmtheit annahm, daß auf einem Bau derselben Firma im benachbarten Lüdersdorf die Preise nicht gezahlt würden, und daß es gelingen werde, die dortigen Maurer deswegen zur Arbeitsniederlegung zu bewegen, so machten die Vertreter des Verbandes die Maurer auf dem Lunower Bau darauf aufmerksam, daß sie als Arbeiter desselben Arbeitgebers dann ebenfalls die Arbeit niederlegen müßten. Der Maurer R. äußerte dabei zu dem auf dem Bau tätigen F., wenn er in jenem Falle nicht die Arbeit niederlege, dann würde er gemäß des Statuts aus der Verbandsliste gestrichen werden und kein organisierter Arbeiter würde mit ihm zusammen arbeiten. F. legte dann die Arbeit nieder und nahm sie wieder auf, als R. von Lüdersdorf zurückkehrte und sagte, es könne hier ruhig weiter gearbeitet werden, da die Kollegen in Lüdersdorf die Arbeit nicht niedergelegt hätten. Auf Grund dieses Tatbestandes erachtete das Landgericht Prenzlau für „festgestellt“, daß R. durch Drauhängen den F. bestimmt habe, der Verabredung des Verbandes der Maurer zum Behufe der Erlangung günstiger Lohnbedingungen mittels Einstellung der Arbeit Folge zu leisten.“ Darin liege eine Ueberschreitung des § 153 der Gewerbeordnung! R. wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt. R. legte Revision ein, die von unserem Genossen Wolfgang Heine vor dem Kammergericht damit gerechtfertigt wurde, daß der § 153 der Gewerbeordnung vom Landgericht verkannt worden sei. § 153 sei nur anwendbar, wenn jemand durch die darin genannte strafbare Handlung bestimmt werde oder werden solle, einer schon

vorhandenen Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen sich anzuschließen. Der Paragraph setze voraus, daß eine solche Verabredung schon getroffen sei. Hier habe aber der Angeklagte nur den Anschluß an einen eventuellen Streik der Maurer in Lüdersdorf, also an eine noch nicht bestehende, nur für die Zukunft erwartete Verabredung verlangt. Da könne § 153 überhaupt nicht in Frage kommen. Der Oberstaatsanwalt schloß sich dieser Auslegung des § 153, die der Anwalt gegeben, an und verlangte, daß die Sache an das Landgericht zurückverwiesen werde. Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf jedoch die Revision als unbegründet und führte aus: Wenn es sich nur darum gehandelt hätte, jemand zu bewegen, sich einem zukünftigen Streik anzuschließen, der noch nicht verabredet war, dann wäre die Verurteilung allerdings zu Unrecht erfolgt. Tatsächlich aber habe F. sich einer bereits bestehenden Verabredung des Verbandes der Maurer zur Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen anschließen sollen, nämlich der, wonach es Pflicht jedes Mitgliedes sei, dort die Arbeit niederzulegen, wo der Tarif nicht beachtet werde. Somit sei die Anwendung des § 153 gerechtfertigt. — Damit ist den Gewerkschaften der Krieg erklärt. Sache der Arbeiterschaft wird es sein, hierzu sofort Stellung zu nehmen. Das Koalitionsrecht ist durch diesen Entscheid nicht nur in Gefahr, es ist tatsächlich so gut wie aus der Welt geschafft! Dagegen gilt es Sturm zu laufen!

Ein gräßliches Unglück, das ein bezeichnendes Schlaglicht wirft auf die waghalsigen Arbeitsmethoden, die auch in Staatsbetrieben herrschen, hat sich Sonntag früh um 3 Uhr im Schacht 3 (am Rathmannsdorferweg) des anhaltischen Salzbergwerks in Leopoldshall ereignet. Der Magdeburger „Volksstimme“ wird darüber gemeldet: Auf Sohle 2 hat man angefangen, 7 Meter von 15 Meter Breite und 60 Meter Länge anzulegen. In Schicht 3, die am weitesten vorgeschritten ist, hörten die Arbeiter bereits am Freitag, dem Jahrestage des vor einem Jahre an derselben Stelle stattgefundenen Grubenbrandes, verdächtiges Geräusch. Am Sonnabend früh bemerkte der Häuer Gneiß, der als erster vor Ort kam, daß Blöcke von oben herabgefallen waren und Wasser sich bereits zeigte. Er meldete den Vorfall, und die Beamten, nachdem sie die Sache untersucht hatten, entschieden, daß ein elektrischer Fajspel angelegt und der Ort wieder ausgefüllt werden sollte, daß zu diesem Zwecke die Arbeiter der Schicht am Abend wieder anzutreten hätten. So geschah es. In der Nacht erschien es einem der Arbeiter zu gefährlich. Er rief einen Kameraden beiseite, zeigte ihm die drohende Gefahr und sagte: „Für 3, 20 Mark riskiere ich mein Leben nicht!“ Die andern drei Arbeiter arbeiteten trotz der Warnung weiter. Aber nach ganz kurzer Zeit lösten sich plötzlich von der Firse große Massen ab, stürzten herab und begruben und zerschmetterten die drei Mann. Gleich nachdem die drei Leichen aus dem Trümmerhaufen hervorgeholt waren, erfolgte ein neuer Zusammensturz. Die drei Getödteten sind der genarrte Häuer Hermann Gneiß aus Neundorf (hinterläßt eine Witwe mit mehreren Kindern), der Fördermann Balke aus Neundorf (hinterläßt eine Witwe mit sieben Kindern) und der Fördermann Adolf Kuchard aus Leopoldshall (hinterläßt eine Witwe mit einem Kind).

Ein mehr als bedenkliches Urteil fällt das Landgericht Nürnberg gegen einen organisierten Arbeiter, den Glaschleifer Hofmann von Rathwang, der in der Rathwanger Glasfabrik dortselbst beschäftigt ist. Der Unternehmer hatte seine Arbeitskräfte seit etwa einem Jahre vom Arbeitsnachweis des Glasarbeiterverbandes bezogen, aber im Oktober v. J. stellte er die bei ihm um Arbeit vorstehenden Glaschleifer Guber (Vater und Sohn) ein. Beide sind unter ihren Kollegen als Arbeitswillige bekannt. Als die

„Und Du willst die jungen Damen jetzt verlassen?“

„Geschäfte gehen vor, Papa. — Warten Sie einen Augenblick, ich komme gleich mit, oder gehen Sie lieber voraus und sagen Sie dem Herrn Notar, daß ich Ihnen auf dem Fuße folge.“ Und damit sprang er die von hier in die obere Etage führende Wendeltreppe hinauf, um sich in seinem Zimmer, nach dem Spiel im Garten, erst die Hände zu waschen.

Ruz blieb noch wie gebannt einen Moment auf derselben Stelle, der alte Baron aber, mit keinem Interesse weiter für die Sache und ohne von dem kleinen Boten Notiz zu nehmen, drehte sich ab und schritt wieder in den Garten zurück, und Ruz, dem der Mensch in Livree die Tür schon offen hielt, als ob er sagen wollte: „Na, wird's bald?“ verließ ebenfalls das Haus, dessen Tür augenblicklich hinter ihm wieder zufiel.

Hans, als er in sein Zimmer und an den Waschtisch trat, fühlte, daß er den gefundenen Würfel noch in Gedanken in der Hand behalten hatte, und warf ihn auf seinen Schreibtisch, wo er aber nicht liegen blieb, sondern darüber hinrollte und auf die Erde fiel. Die sechs lag oben.

Hans brauchte übrigens zu seiner Toilette nicht viel Zeit, nur die braunen vollen Orden kammte er sich flüchtig durch, griff dann seine Handschuhe auf und wollte eben fort, als er den heruntergefallenen Würfel bemerkte. Er nahm sich aber nur Zeit, ihn wieder aufzuheben und nochmals auf den Schreibtisch zu werfen, und ging dann, um den Notar aufzusuchen, denn viel Zeit bis zum Diner blieb ihm auch nicht mehr.

Ruz hatte sein Bureau schon früher erreicht. Als er zurückkam, meldete er, ohne aber den Notar anzusehen: „Der Herr Baron wird gleich hier sein,“ und trat dann an sein eigenes kleines Pult.

Püster schaute ihn verwundert an, denn das ver-

führte Aussehen des jungen Menschen konnte ihm nicht entgehen.

„Was hast Du denn, Ruz? Du siehst ja käseweiß aus, mit roten Augen wie ein Kaninchen — bist Du unwohl?“

„Nein, Herr Notar.“

„Na, was hast Du denn? Keulich schon einmal war etwas Ähnliches, was, wenn ich nicht irre, auch mit Solbergs in Beziehung stand; ich kann mich nur nicht gleich mehr darauf besinnen, sag einmal, was ist mit Dir, Ruz? Du kommst mir überhaupt jetzt so sonderbar vor.“

„Sonderbar, Herr Notar?“

„Ja! Du weißt, daß ich es gut mit Dir meine; Du siehst jetzt, seit Deine Mutter gestorben ist, allein in der Welt und mußt überzeugen sein, daß ich Dir bis jetzt immer stets nach besten Kräften geraten habe. Also hast Du etwas, das Dir auf dem Herzen liegt, Ruz, heraus damit, und wir wollen dann sehen, was wir damit anfangen können.“

„Ein ander Mal, Herr Notar,“ sagte Ruz leise, „da ist Herr von Solberg schon,“ und er hatte in der Tat Recht. Zu gleicher Zeit klopfte es an die Tür, und ehe nur jemand „Herein!“ rufen konnte, stand Hans auf der Schwelle.

„Mein lieber Notar, Sie haben gewünscht, mich zu sprechen,“ rief er zu gleicher Zeit, „ist Nachricht von unserem Schiffe eingetroffen?“

„Von Ihrem Schiffe, Herr von Solberg?“

„Von der Kleopatra! — Sie wissen doch, daß wir deshalb in Sorge sind.“

„Von der Kleopatra habe ich nichts gehört,“ sagte Püster trocken.

„Um!“ brummte Hans, „dann hätte ich allerdings auch nicht in solcher Eile zu sein brauchen. Ich glaube, Sie hätten gute Kunde für mich, denn das Fahrzeug ist nur schwach ver-

Aus Nah und Fern.

organisierten Arbeiter Rhythmus erfuhren, daß die beiden ein- gestellt seien, wurde Hofmann beauftragt, mit dem Unter- nehmer zu reden und ihm zu sagen, daß die Organisierten ein Zusammenarbeiten mit Gubers ablehnen müßten.

Die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hielt am Sonntag im Berliner Rathaus ihre diesjährige Mitgliederversammlung ab.

Gute Kameraden. Sieben Rekrutenpeiniger auf ein- mal hatten sich vor dem Kriegsgericht der vierten Division in Bromberg zu verantworten.

Ein netter Schatzmann. Ueber einen Ueberfall, dessen nähere Umstände besonders auffälliger Natur sind, wird aus Königsberg i. Pr. berichtet.

Militärjustiz. Das Koblenzer Kriegsge- richt verurteilte den Unteroffizier Spöhr vom siebenen Wlanenregiment, der bei Ulan Müller auf das linke Ohr geschossen hatte.

Der erste Anfertiger des Anstaltspostkarte, Franz Borich, ist vor einigen Tagen in Nürnberg gestorben.

Wann darf ein Gahn trüben? Aus Köln wird der „Frankfurter Zeitung“ berichtet: In einer politischen Strafverfügung, gegen die Antrag auf gerichtliche Entschlei- dung bei dem hiesigen Amtsgericht gestellt wurde, ist wörtlich zu lesen: „Sie haben in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober dadurch ungesühnten Sämen ströhet, daß Sie

Ihren Gahn haben trüben lassen.“ — Nach Auffassung der Polizeibehörde hat sich demnach der Eigen- tümer des ruhessenden Gahnes dadurch strafbar gemacht, daß er diesem kein ungezittiges Krähen (sonst pflügen Säbne erst nach frühen Morgenstunden zu krähen) nicht unterlagt und ihn nicht über die Polizeivorschriften belehrt hat.

Eine Mutter als Scheusal. Eine Nebenmutter stand in der Person der Musikerehefrau Josepha Mayer von Kleinerdingen im Schwaben vor dem Schwurgericht in Augsburg. Sie hatte seit drei Jahren ihre neun-, acht- und sechsjährigen Stiefkinder barbarisch mißhandelt, aus welchem Anlaß das älteste Kind starb.

Die kanadische Regierung kaufte den deutschen Dampfer „Gauß“ für 75 000 Dollars für Kapitän Bernier. Dadurch erscheint dessen Nordpolsahrt für 1905 nach langen Bemühungen definitiv gesichert.

Überher Stadttheater.

„Aida“, Oper in 4 Akten von Verdi. Zum Benefiz für den ersten Kapellmeister, Herrn Lummert, wurde Dienstagabend nach mehrtägiger Pause wieder einmal Verdis „Aida“ gegeben.

haben und bringt eine wertvolle Sadung, oder hat sie wenig- stens im Reich. Also, was jetzt war es? Haben Sie eine halbe Stunde Zeit, Herr von Sol- berg? Eine halbe Stunde etwa, aber nicht mehr. Die Sache ist sehr wichtig, für Sie sowohl als Ihre Familie. Dann kanns doch! Sollen Sie mich alleine sprechen? Sagte er langsam und warf sein Bild auf den Boden. Was kann da stehen, sagte Hüter ruhig, er ist zu- verlässig und weiß überdies Alles. Also bitte, legen Sie vor alles Dinge einmal diesen Brief. Ganz nach dem Brief, der Hüter aus Schließen er- hielt. Wie er aber vor dem Bild darauf geworfen, sagte er: Graf Rauten? — Rauten ist, soviel ich weiß, nie in Schließen gewesen. Hüter, legen Sie den Brief. Ganz bei dem Hüter. Seine erste Bild dort lag allerdings zu der gegenwärtigen Stunde und zu dem alten Hüter kamen. Da aber dort Rauten zu erkennen war, war er sich in einem Augenblick über den Hüter und las die Worte aufmerksam durch. Aber er schüttelte dabei immer wieder mit dem Kopf, und als er sprach, sagte er leise: Ja, mein lieber Herr, diese Sache, auf die ich das Schließen bezieht, mag vielleicht für Sie ein besonderes Interesse haben, aber was sie mit sich bringen sollte, begreife ich nicht recht. Wer ist überhaupt dieser Herr von — wie ist sein Name gleich? — von Trüben, der hier erwacht, aber als vertrieben bezeichnet wird? Der Photographie lag bei. Sehr gut! Wer war in aller Welt habe ich damit zu tun? Ich kann keine Familie oder andere Person dieses Namens kennen. Können Sie vielleicht diese Photographie? Mexiko — bei Gott! — das ist Rauten, wie er vor dem Bild darauf geworfen, aber das ist unerkennbar, sagte er

nach hien, Rauten hat mir selber erst art, daß er eine Kopie von Photographien habe, und konnte doch sich auch nie bewegen werden, sich hier aufzuheben zu lassen. Noch neulich hat ihn meine Mutter dringend, da sie ein Bild von ihm zurückgeben wollte, aber er ließ sich trotz alledem nicht dazusetzen. Das ist jetzt Herr von Trüben aus Schließen, be- merkte Hüter ruhig, und der Brief bezieht sich auf diese Photographie. Das müßte eine merkwürdige Ähnlichkeit zwischen zwei ver- schiedenen Personen sein, sagte Hans, aber woher haben Sie das Bild? Das Bild, erwiderte Hüter, habe ich aus Amerika gebracht bekommen, mit dem Auftrag, Nachforschungen nach dem Original anzustellen. Dieses Bild mein ich, sagte Hans. Lieber Vater, Sie machen mich ganz konfus. Von was reden Sie jetzt? Ja, mein lieber Herr von Solberg, sagte der Notar ernst, das ist ein Bild von dem berühmten Herrn, derselben, die das Bild dem Hüter — denn die Hüter lassen sich nicht gut ändern, wohl aber der Name, und es gibt deshalb gar nichts Ungewöhnliches — auf der rechten Seite, als eben ein Name. Aber Rauten war in Indien in englischen Diensten, sagte Hans, wie in Nordamerika, das weiß ich bestimmt, denn wir haben schon verschiedene Male gerade darüber mit einander gesprochen. Aber diese Photographie ist in Amerika selber auf- genommen. Hans brühte sie um und las die Firma. Das ist allerdings wahr, sagte er verstimmt, und ich kann zu- fällig den Namen der Photographie. Die Firma ist jeden- falls nicht. Und sollte es das Gesicht da nicht gleichfalls sein? fragte Hüter. Hans schweig; er war, wie er das Bild in die Hand

bekam, von seinem Stuhl aufgesprungen und ging ein paar Mal mit raschen Schritten in dem kleinen Gemach auf und ab. Endlich blieb er vor Hüter stehen und sagte, indem er ihn fest, aber doch halbheulend ansah: Ich begreife das Ganze nicht und kann nur glauben, daß hier eine merkwür- dige Ähnlichkeit vorliegt. Wollen Sie einmal die Lupe nehmen und das Gesicht genau betrachten? Sie kennen doch die kleine Narbe, die Graf Rauten trägt? Hans sah aufmerksam hindurch. Da ist allerdings kein Zweifel mehr, sagte er endlich, aber dann begreife ich nicht, weshalb er ableugnet, niemals in Nordamerika gewesen zu sein. Also das leugnet er? Gewiß. Dann kann ich Ihnen vielleicht auch dazu den Schlüssel geben, sagte Hüter ernst, Tertium natürlich immer vor- behalten. Es ist das eine Sache, fuhr er nach einer kleinen Weile langsam fort, die ich mich eigentlich hüten werde, gegen irgend Jemand zu erwähnen, so lange ich nicht die festen Beweise dafür in Händen habe, und die habe ich noch nicht, wie ich Ihnen vor allen Dingen bekennen muß. Wenn ich aber auch keine Verbindlichkeit gegen Ihre Familie habe, Herr von Solberg, so muß ich Ihnen doch gestehen, daß mich Ihr ganzes offenes Wesen für Sie eingenommen hat, und nur als Freund mag ich Ihnen die folgende Mit- teilung. Sie spannen mich auf die Folter, Herr Notar. Sie sollen nicht lange darauf liegen. Also wollen Sie wissen, wie wir diese Photographie gesandt hat? Ich wäre allerdings begierig. Nun denn, eine amerikanische Dame, die da behauptet, das Original dieses Bildes sei ihr Gatte, der sie nicht allein böswillig verlassen, sondern auch ihr ganzes Vermögen mitgenommen, also gestohlen habe.

(Fortsetzung folgt.)